

Guerilla Hegemonie

Von Aaron Bruckmiller

Wenn in linker politischer Theorie die Rede von Zivilgesellschaft ist, dann ist damit meistens ein Konzept im Anschluss an den italienischen Kommunisten und Theoretiker Antonio Gramsci gemeint. Anders als in der liberalen Idee von Zivilgesellschaft, die sie als eine eigenständige Sphäre der Gesellschaft jenseits von Staat und Markt ansieht, analysiert Gramsci die ihr zugerechneten politischen Organisationen, Freizeitvereine und Medien als Teil des Staates. Demnach werde in liberalkapitalistischen Demokratien nicht mehr nur durch Zwang, sondern vor allem durch Konsens der Beherrschten regiert. Gramsci bringt das auf die Formel „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“ (Gefängnishefte: H 6. §88. 783).

Seinen strategischen Vorschlag illustriert Gramsci mit dem Bild des Übergangs vom „Bewegungs-“ zum „Stellungskrieg“: Die „Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind wie das System der Schützengräben im modernen Krieg“ (ebd.). Dieses Bild ist vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs zu verstehen. Die Kämpfe sind nicht mehr hauptsächlich ausgetragen worden, indem bewegliche Armeen von ihren Führungen in großen Schlachten aufeinander geworfen wurden, um entscheidende Siege zu erringen. Stattdessen standen sich die Soldaten eher in Schützengräben gegenüber.

Diese neue Kriegsführung diente Gramsci nun als Bild, um zu erklären, wie in liberalen Demokratien die Machtzentren nicht einfach erstürmt werden können, um von dort aus die Gesellschaft zu verändern. Denn die bürgerliche Macht wird durch die Strukturen der Zivilgesellschaft abgesichert, durch Architektur, Vereine, Medien, Schulen und andere Organisationen und staatliche Apparate. Um gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern oder gar neue einzuführen ist daher ein „Stellungskrieg“ notwendig, in dem die „Schützengräben“ der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt stehen. Gramsci entwickelte sein Denken in den Zwanzigern und Dreißigern des vergangenen Jahrhunderts. Nun stellt sich also die Frage, wie aktuell seine Hegemonieanalysen noch sind.

Während des Siegeszugs des Neoliberalismus wandelte sich die Kriegsführung, die vom Konzept des älteren Stellungskrieges zu einer asymmetrischen Strategie

übergang, wie die Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor in „Neue und alte Kriege“ analysiert: „Die neuen Kriege nun werden in Situationen ausgetragen, in denen die Staatseinnahmen im Gefolge wirtschaftlichen Niedergangs und sich ausbreitender Kriminalität, Korruption und Ineffizienz versiegen, in denen die Gewalt [...] zunehmend privatisiert wird und in denen somit die politische Legitimität schwindet“ (2007: 22). Eine grundsätzliche Neuheit asymmetrischer Kriegsführung besteht Kaldor zufolge darin, dass nun eher auf „politische Bevölkerungskontrolle“ (ebd.: 166) orientiert wird.

Die militärische Kontrolle des Territoriums, die in den Schützengräben des Stellungskrieges mit Waffen und Soldaten trotz aller Verluste als entscheidend galt, wird nun als weniger entscheidend erachtet. Stattdessen werden von den Armeeführungen asymmetrische Strategien bevorzugt, in denen Vorgehensweisen, die früher als typisch für Guerillaorganisationen erachtet wurden, mit solchen Maßnahmen kombiniert werden, die ursprünglich entwickelt wurden, um ebensolches Partisanentum zu bekämpfen. Von Asymmetrie wird gesprochen, weil eine Armee nicht mehr hauptsächlich eine andere reguläre Armee bekämpft. Auf der anderen Seite stehen nun militärisch deutlich schlechter gerüstete Einheiten. Oder es stehen sich überhaupt nur Formationen gegenüber, die nach den Regeln des alten Krieges als irregulär gelten und deren Vorgehensweise als Partisanentum oder Guerilla beschrieben werden kann.

Anschließend an Bernard Harcourts „Gegenrevolution“ (2019) lautet meine These, dass der Wechsel vom Leitbild des Stellungskrieges zur Aufstandsbekämpfung auch die Innenpolitik verändert hat. Wenn die These stimmt, braucht es ein entsprechendes Umdenken für Gegenstrategien. Das Dominantwerden des asymmetrischen Modells in Krieg sowie Innenpolitik hat mindestens zwei strukturelle Ähnlichkeiten. Zum einen wurde die militärische Gewalt in den letzten Jahrzehnten genauso privatisiert, wie private Akteure von NGOs bis Think-Tanks eine zunehmend politische Relevanz gewonnen haben. Zum zweiten nahm die Legitimität liberaler Institutionen zur Konfliktvermittlung in vielen Ländern genauso ab wie die Legitimität globaler Institutionen nach dem zweiten Weltkrieg (die Tüchtigkeit und der Nutzen waren auf beiden Ebenen sowieso stets nur beschränkt vorhanden). Aufgrund dieser beiden strukturellen Ähnlichkeiten schlage ich vor, dass es zwischen asymmetrischer Kriegsführung und Hegemonie im Neoliberalismus Analogien gibt, deren Verständnis bedeutsam für den Aufbau alternativer Hegemonien sein können.